

EINSCHREIBEN  
Firma  
Kantonsgericht Graubünden  
Poststrasse 14  
Postfach 370  
7001 Chur

Alex W. Brunner  
Architekt HTL  
c/o Bahnhofstrasse 210  
CH-[8620] Wetzikon  
Telefon 044 930 62 33

Datum: 24. September 2021  
Post Code: 98.00.862001.04057533

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz  
Beschwerde gegen den Beschluss vom 18. August 2021

---

Grüezi

Ich erhebe Beschwerde gegen die Verfügung des Bezirksgerichtes Uster vom 22. April 2021 betreffend Rechtsöffnung mit dem Antrag: Der Beschluss sei aufzuheben.

Beilage:

- 1 Verfügung des Regionalgerichtes Landquart vom 18. August 2021, Nr. 515-2021-15

## Begründung

Behörden und Ämter als Firmen<sup>1</sup>

Zur grundlegenden Thematik *Behörden und Ämter als Firmen* verweise ich auf die Beilage Grundlageninformation von SIPS (Beilage 2) sowie auf die Fussnote 1.

Ende der 1990er Jahre wurden die ehemaligen öffentlich-rechtlichen Bundesbetriebe SBB und PTT legal in Aktiengesellschaften umgewandelt. Dazu gab es ein Gesetzentwurf, welches das Parlament beriet und schlussendlich beschloss. Das neue Gesetz unterstand dem fakultativen Referendum, das jedoch nicht ergriffen wurde, weshalb es vom Volk stillschweigend akzeptiert wurde.

In der Eintretensdebatte zum Bundespersonalgesetz (BPG, SR 172.220.1) vom 5. Oktober 1999 erklärte Bundesrat Villiger, dass sich auch «der Staat dem Wertewandel, dem Gesellschaftlichen nicht entziehen kann, muss er seine Aufgaben, seine Strukturen, aber auch die internen Abläufe eben anpassen.»<sup>2</sup>

Das Bundespersonalgesetz sah vor, den Beamtenstatus abzuschaffen und auf das Anstellungsverhältnis wie in der Privatwirtschaft zu wechseln. Das wurde auf das Jahr 2001 bzw. 2002 umgesetzt.

Mit der Aufhebung des BeAMTen-Status wurden zwangsläufig auch das Amt bzw. die Behörden aufgehoben.

Seit der Umwandlung von SBB und PTT wurden aber seither still und heimlich die öffentlich-rechtlichen Institutionen in Privatfirmen bzw. Kapitalgesellschaften umgewandelt. Dabei wurden sowohl Parlament als auch das Volk übergangen. Es gab dazu nie eine öffentliche Diskussion.

---

<sup>1</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

<sup>2</sup> Wie die Beamten zu Angestellten wurden. <https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/service-publicationen/publikationen/geschichte-aktuell/wie-die-beamten-zu-angestellten-wurden.htm>

Die Umwandlung der bisherigen Behörden und Ämter als öffentlich-rechtliche Institutionen in Privatfirmen bzw. Kapitalgesellschaften ist eine Teilideologie der Globalisierung. Diese kann man nur im Zusammenhang mit der tatsächlichen Geschichte<sup>3</sup> verstehen, die wir in der Schule nicht lernen dürfen. Als Villiger sein Votum abgab, wusste er, wovon er sprach, weshalb er es nicht so offen erklären durfte, ansonsten dieses Projekt Schiffbruch erlitten hätte.

Da diese Umwandlung nie von Parlamenten und Volk genehmigt wurde, ist diesen Firmen auch nie eine hoheitliche Legitimation übertragen worden, als Behörde oder Amt aufzutreten und hoheitliche Handlungen zu vollziehen. Weiter ist zu erwähnen, dass die Gründungen dieser Kapitalgesellschaften wohl ins Handelsregister eingetragen werden, aber sowohl diese Firmen als auch deren Handelsbevollmächtigte wurden nie im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert. Damit wurde diesen Firmen als auch deren Handelsbevollmächtigten und somit auch allen deren Angestellten nie die handelsrechtliche Legitimation gegeben, Handel zu betreiben. Konkret heisst das, Sie alle haften für alles Tun und Lassen persönlich und damit mit Ihrem eigenen Vermögen. Dazu kommt, dass alle Ihre angeblich hoheitlichen Handlungen illegal sind.

Weil es keine Behörden und Ämter mehr gibt, die über eine hoheitliche Legitimation verfügen, kann somit auch kein öffentliches Recht mehr angewendet werden. Deshalb gilt im Verkehr mit diesen illegalen Firmen nur noch Handelsrecht.

Die Einträge dieser Firmen ins Handelsregister sind nur teilweise auf den Wirtschaftsdatenbanken monetas.ch und dnb.com ersichtlich, weil dieser Prozess der Umwandlung im Geheimen vollzogen werden muss. Gemäss Art. 52 Abs. 2 ZGB benötigen öffentlich-rechtliche Institutionen keinen Handelsregistereintrag, aber genau aus diesem Grund verweigern die Handelsregisterämter die HR-Auszüge für diese Firmen, obschon einzelne Mitarbeiter bereits bestätigt haben, dass diverse Behörden und Ämter einen Handelsregistereintrag besitzen.

Sogar die Abteilung Recht der Hauptabteilung Mehrwertsteuer der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat auf Anfrage hin am 20. August 2021 bestätigt, dass es bei den Einträgen auf der Wirtschaftsdatenbank dnb.com um ein eindeutiges, einheitliches und firmenübergreifendes Identifizierungssystem zwecks eindeutiger Zuordnung von Wirtschaftsteilnehmern und Geschäftspartnern handle. Damit wird offiziell bestätigt, dass die angeblich öffentlich-rechtlichen Institutionen zu Wirtschaftsteilnehmer umgewandelt wurden. (Beilage 3)

Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird auf der Wirtschaftsdatenbank dnb.com<sup>4</sup> als Ultimate Parent (höchste Muttergesellschaft) mit 852 Subsidiaries (Tochterfirmen) und 147 Branches (Zweigniederlassungen) bezeichnet. Sie wurde im Jahre 2014 «incorporated», d.h. [als Kapitalgesellschaft] (ins Handelsregister) eingetragen und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde aber bereits am 12. Juli 2006 ins Handelsregister eingetragen bzw. «incorporated». Sie wird als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet und sie hält Tochtergesellschaften im Ausland. Sie besitzt einen Verwaltungsrat, der mit dem Bundesrat identisch ist. Einen Verwaltungsrat gibt es jedoch nur bei einer Aktiengesellschaft. Beilagen 4, 5, 6, 7.

Der Kanton Graubünden wird als Subsidiary (Tochtergesellschaft der Schweizerische Eidgenossenschaft) und gleichzeitig als Parent (Muttergesellschaft der ihm angegliederten Organisationseinheiten) bezeichnet. Weiter ist in seinem Eintrag eine Handelsregisternummer angegeben und zudem hat er Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland. Wann er ins Register eingetragen wurde, ist offen. Beilagen 8, 9

Das Bündner Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit wird wiederum als Subsidiary (Tochtergesellschaft des Kantons Graubünden) und gleichzeitig als Parent (Muttergesellschaft der ihm angegliederten Organisationseinheiten) bezeichnet. Es wurde im Jahre 2020 (HR-Einträge 13.01. und 23.04.2020) «incorporated» und verfügt nicht nur über eine Handelsregisternummer, sondern auch über einen Verwaltungsrat. Als Verwaltungsratspräsident wird Martin Schmid und als Vizepräsidentin Barbara Janom Steiner aufgeführt. Beilagen 10, 11, 12

---

<sup>3</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Unsere Geschichte, Kurzfassung

<sup>4</sup> Diese Datenbank ist zeitweise schwierig zu handhaben. Siehe deshalb [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Liste von Behörden und Ämter als Firmen

Beide sind seit einigen Jahren nicht mehr im Amt, was darauf schliessen lässt, dass die aufgeführten Daten bereits überholt sind. Martin Schmid leitete von 2003 bis 2008 das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und gab im Jahre 2011 sein Mandat als Regierungsrat auf. Barbara Janom Steiner trat im Jahre 2008 die Nachfolge der in den Bundesrat eingetretenen Eveline Widmer-Schlumpf an und übernahm das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit bis ins Jahr 2012. Im Jahr 2018 trat sie aus der Regierung aus. Es ist davon auszugehen, dass dieses Departement bereits in den Jahren 2008 bis 2011 zumindest in eine Firma überführt wurde.

Die Kantonspolizei Graubünden, bei der die ganze Diskussion begann, wird als Subsidiary (Tochtergesellschaft des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit) bezeichnet. Sie verfügt über eine Handelsregisternummer und wurde angeblich am 12.08.2019 eingetragen. Die verschiedenen Polizeiposten werden als «Independent» (unabhängig) bezeichnet und wurden in den Jahren 2010 bis 2018 «incorporated». Anhand des inaktiven Polizeipostens Klosters, er wird als Zweigniederlassung bezeichnet, ist davon auszugehen, dass die als «Independent» bezeichneten Polizeiposten eben nicht unabhängig sind, sondern nur Zweigniederlassungen sind. Beilagen 13, 14, 15

Bei der Staatsanwaltschaft fehlen weitere Hinweise, doch der Eintrag Subsidiary (Tochtergesellschaft) genügt, dass sie ebenfalls eine Aktiengesellschaft ist. Im Zweifelsfall wäre sie bloss eine angegliederte Organisationseinheit des Departements. Unter dem Strich spielt es so oder so keine Rolle, weil sie alle den handelsrechtlichen und den hoheitlichen Nachweis ihrer Legitimation zuerst erbringen müssen. Das haben Sie trotz wiederholter Aufforderung bis heute nicht getan. Beilagen 16, 17

Die Staatsanwaltschaft Graubünden verfasste für das Jahr 2019 erstmals einen Geschäftsbericht. Der Erste Staatsanwalt, Claudio Riedi wies darauf hin, dass in den kommenden 2020er Jahre der digitale Wandel auch ihr Arbeitsumfeld stark verändern werde. Damit nimmt er vorweg, was in babylonischen Kreisen lange voraus geplant wurde: Die digitale Revolution, die mit der gegenwärtigen künstlich erzeugten Pandemie um- und durchgesetzt wird. Geschäftsberichte werden nur in Kapitalgesellschaften erstellt, nicht jedoch in öffentlich-rechtlichen Institutionen.

Auch wenn sich das Regionalgericht Landquart als «unabhängig» (independend) bezeichnet, so ist es deswegen keine öffentlich-rechtliche Institution mehr, weil es im Jahre 2012 bereits als eine Handelsfirma eingetragen wurde und mit Datum 11. November 2019 in eine Kapitalgesellschaft überführt wurde. Letzteres passierte unter dem Präsidium des heutigen (seit Januar 2017) Gerichtspräsidenten Stefan Lechmann. Wie unabhängig die Gerichte sind, werden wir noch sehen.

Das Kantonsgericht Graubünden bezeichnet sich ebenfalls als «unabhängig» (independend) und startete im Jahre 1999, sehr wahrscheinlich mit einem Handelsregistereintrag. Im Jahre 2009 (3. April 2009) wurde es «incorporated».

Fazit:

Alle Behörden und Ämter und damit auch die Gerichte verfügen spätestens seit dem Eintrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Jahre 2014 über keine hoheitliche, aber auch über keine handelsrechtliche Legitimation mehr, weil sie seither illegale private Kapitalgesellschaften sind, denen die hoheitliche Legitimation nie übertragen wurde.

Auftrag des Bezirksgerichtes

Die Aufgabe des Kantonsgerichtes besteht nun darin, den Sachverhalt akribisch zu untersuchen, indem die verschiedenen angeblichen «Behörden und Ämter» den Nachweis ihrer handelsrechtlichen und hoheitlichen Legitimität zu erbringen haben. Dazu zählt auch das Kantonsgericht selbst. Wird das unterlassen, so wird bestätigt, dass alle Instanzen Amtsanmassung, Betrug und Nötigung begehen und im Zusammenhang eine kriminelle Organisation unterstützen. Ohne diese Nachweise ist keine einzige «Behörde oder Amt» legitimiert, irgendwelche handelsrechtliche noch hoheitliche Handlungen zu vollziehen, weshalb alle deren Mitarbeiter für ihr Tun und Lassen selbst haften.

Damit ist der Nachweis mehr als genügend erbracht, dass alle diese Firmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich handelsfähig sind und somit auch nicht in der Lage, das öffentliche Recht anzuwenden, weil ihnen die Kraft dazu fehlt. Deshalb erübrigt es sich auch darüber zu diskutieren, ob die Unter-

schrift eigenhändig sei oder nicht, weil Sie alle dazu schlichtweg keine Kompetenz haben, dies als Amt oder Behörde zu beurteilen. Sie können das wohl als Ihre private Meinung kund tun, aber nicht mehr.

## Die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

Wenn man von einer institutionellen Behördenkriminalität betroffen ist, so beginnt man sich darüber grundsätzliche Gedanken zu machen. Insbesondere ist es erforderlich, die Situation mit den drei analytischen Ansätzen zu untersuchen. Das Aufgedeckte ist als Übersicht in der Beilage Grundlageninformation von SIPS und im Manifest *Unser manipuliertes Rechtssystem*, Kapitel 4 bis 7<sup>5</sup> nachzulesen. Deshalb wird hier nicht weiter darauf eingegangen.

Weil die Grundlagen für die Aufdeckung der parlamentarischen Oberaufsicht offizielle Amtsdokumente sind, kann es sowohl politisch als auch juristisch nicht widerlegt werden, weshalb es nur ignoriert wird. Doch alle hüllen sich in tiefes Schweigen, weil ich deren Verbrechen sichtbar gemacht habe. Sie alle versuchen es auszusetzen, aber es wird ihnen nicht gelingen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte miteinander eine andere Agenda verfolgen als es für die Bevölkerung von Vorteil wäre. Diese drei Mächte oder Gewalten agieren daher gegen die Bevölkerung.

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht haben die drei Mächte die gesamte Staatsverwaltung der Kontrolle und damit der Herrschaft des Volks entzogen. Das Volk wurde mit diesem stillen Putsch entmachtet, soweit es damals überhaupt die Herrschaft inne hatte. Damit wurde die Ideologie Demokratie endgültig zu Grabe getragen. Aber die Juristen behaupten heute noch, wir hätten eine Demokratie, obschon der Gründer von Scientology, Hochgradfreimaurer, Satanist und Mitglied des Ordo Templi Orientis (OTO), Lafayette Ronald Hubbard, schon in den 1960ern sagte:

*«Es wird auf dem Planeten heute nirgendwo Demokratie praktiziert. Und soweit ich weiss, hat es noch nie eine gegeben, und auch im alten Griechenland gab es keine Demokratie.»<sup>6</sup>*

Es ist also ganz und gar nicht so, wie es immer gebetsmühlenhaft gepredigt wird, dass sich diese drei Mächte gegenseitig kontrollieren.

## Gewaltenteilung

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht wurde die Ideologie der sogenannten Gewaltenteilung eingeführt. Als Grund wird angegeben, dass eine inhaltliche Kontrolle der Gerichtsurteile die Rechtsprechung verändern würde. Das ist selbstverständlich so und das wurde auch statistisch nachgewiesen, weil die Aufhebung der Kontrolle der Richterwillkür Tür und Tor öffnet. Mit einer Kontrolle könnte sie einigermaßen in Grenzen gehalten werden. Das ist aber politisch nicht gewollt, womit der Vorsatz wieder bestätigt wird.

Diese neue Ideologie der kompletten Gewaltenteilung wird jedoch ausgerechnet an den Universitäten gelehrt. Die alte Rechtsliteratur über die parlamentarische Oberaufsicht sucht man vergeblich, denn sie wurde aussortiert. Das ist ein weiteres Zeichen, dass man nicht mehr wissen darf, wie diese Oberaufsicht früher gehandhabt wurde. Die künftigen Juristen werden daher durch die Universitäten konditioniert. Wenn man die tatsächliche Geschichte<sup>7</sup> im Zusammenhang und den Mechanismus der Herrschaft verstehen würde, so würde man auch begreifen, weshalb das so ist, denn die Universitäten haben einen Auftrag zu erfüllen.

Es ist also nicht so, dass nur Parlamente, Regierungen und Gerichte gegen die Bevölkerung agieren; auch die Universitäten gehören dazu. Wenn hier nur die Rechtsfakultäten benannt wurden, so ist festzuhalten, dass alle Fakultäten dieselbe Aufgabe zu erfüllen haben.

---

<sup>5</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Geschichte im Zusammenhang à manipuliertes Rechtssystem

<sup>6</sup> Hubbard L. Ron, Die Funktionsfähigkeit der Scientology, 1965; Voltz Tom, *Scientology und (k)ein Ende*, Walter-Verlag, 1995, 289 Seiten, ISBN 3530899801, Seite 147.

<sup>7</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Unsere Geschichte, Kurzfassung

Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832), Dichter, Philosoph, Politiker und Mitglied bei den bayerischen Illuminaten, wusste weshalb er Folgendes Eckermann schrieb:

*«Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse, in Zeitungen und Enzyklopädiën, auf Schulen und Universitäten. Überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.»*

Herrschaft<sup>8</sup>

Nachdem fest steht, dass die Juristen keine Ahnung haben, oder keine Ahnung haben wollen, wie Herrschaft ausgeübt wird, bedeutet das, dass sie entweder in den Schulen und Universitäten sehr stark indoktriniert werden und dass ein Teil Babylon<sup>7</sup> hörig ist.

Solange man nicht die sechs Mittel der Steuerung begriffen hat und weiss, dass alles mittels Ideologien definiert ist, die für konditionierte Materialisten in sich meist einigermaßen stimmig, jedoch Ideologie übergreifend widersprüchlich sind und der Natur spotten, versteht, dass das seit Jahrtausenden Programm ist. Theodor W. Adorno (1903-1969), ein Mitbegründer der Frankfurter Schule<sup>9</sup> sowie Mitglied der B'nai B'rith-Loge, sagte:

*«Theorien sind von Herrschaftsinteressen bestimmt und durchsetzt.»*

Und weiter:

*«Alle Theorie und alle Geschichte, die einmal im Namen der Selbstbefreiung des Menschen von den Fesseln der Natur begonnen habe, sei in eine totale Herrschaft gemündet.»*

Hannah Arendt, politische Theoretikerin und Publizistin schrieb:

*«Vorsicht im Umgang mit allgemein anerkannten Meinungen, die behaupten, ganze Trends der Geschichte zu erklären, ist für den Historiker der Neuzeit besonders wichtig, weil das letzte Jahrhundert eine Fülle von Ideologien hervorgebracht hat, die so tun, als seien sie Schlüssel zur Geschichte, aber eigentlich nichts anderes als verzweifelte Anstrengungen sind, um der Verantwortung zu entkommen.»*

Diese Aussagen kann man nur bestätigen, wenn man die tatsächliche Geschichte der letzten 6000 Jahre und den roten Faden dadurch verstanden hat. Diese Herrschaft wird seit Jahrtausenden von Babylon ausgeübt.

Dabei sollte man auch die fünf Arten sozialer Macht kennen. Die Judikative ist das letzte Glied. Wenn Richter behaupten, sie dienen nicht der Regierung, sondern nur dem Recht, so geben sie offen zu verstehen, dass sie von Herrschaft keine Ahnung haben. Der Grund liegt in der Tatsache, dass hinter jedem Recht eine Ideologie steht, d.h. jede Ideologie wird mit Gesetzen definiert, damit sich die Personen und nicht die Menschen daran halten müssen und so die Herrschaftsinteressen um- und durchgesetzt werden können. Deshalb hat die Judikative bloss die Aufgabe, dass der durch die jeweiligen Ideologien gesteckte rechtliche Rahmen nicht verlassen wird.

Werden grundsätzliche, übergeordnete und/oder strukturelle Sachverhalte thematisiert, die das babylonische System in Frage stellen, so werden sie von den Gerichten kurzerhand totgeschwiegen und die Begehren abgeschmettert. Das Regionalgericht Landquart hat es vorgemacht und das Kantonsgericht Graubünden wird es wiederholen, so wie es alle anderen Gerichte ebenfalls tun (müssen), weil die Richter nicht unabhängig sind, sondern wie die Regierungen Marionetten von Babylon sind. Die meisten der genannten verstehen den Mechanismus der Herrschaft nicht einmal ansatzweise.

Fazit:

Das heisst, dass die Gerichte in Bund und Kantonen entgegen Art. 6 Abs. 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte (EMRK, SR 0.101) seit der Inkraftsetzung vom 28. November 1974 und entge-

---

<sup>8</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Herrschaft

<sup>9</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Themen à Frankfurter Schule

gen Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung (BV, SR 101) vom 18. April 1999, Inkraftsetzung am 1. Januar 2000, weder unabhängig noch unparteiisch sind.

Damit verstossen die staatlichen Organe nach Treu und Glauben (Art. 5 Abs. 3 BV) sowie Bund und Kantone gegen das Völkerrecht (Art. 5 Abs. 4 BV).

Damit sind die Gerichte auch materiell befangen.

Im Weiteren unterstützen Sie alle eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) oder deren Richter sind gar Mitglied derselben.

Weiteres

Ideologie Mensch / Person (Strohmann)<sup>10</sup>

Das vorgängig skizzierte Rechtssystem bedient sich weiterer Mechanismen, die Menschen zu unterdrücken, um die Ideologien um- und durchzusetzen. So u.a. der Ideologie Mensch / Person (Strohmann). Dieser Betrug nimmt mit der Geburtsanzeige seinen Lauf, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtsschein erstellt. Er ist nichts anderes als ein Strohmann, aus der die Person des geborenen Menschen fabriziert wird. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne gesetzliche Rechtsgrundlage, die verheerende Wirkung hat. Den Menschen macht man glauben, sie seien dieses Konstrukt Person, der Strohmann, womit sie sich identifizieren. Weiteres siehe dazu in den Grundinformationen SIPS, Beilage 2.

Der Mensch ist von Geburt an frei. Mit der Ideologie Person wird nun diesen Menschen erklärt, sie seien diese Person und damit wird ihnen per Gesetz vorgeschrieben, was sie zu tun und Lassen haben. Nach Strafgesetzbuch können nur Personen bestraft werden, müssen nur Personen Steuern bezahlen und müssen nur Personen die Corona-Massnahmen umsetzen, nicht jedoch Menschen.

Und wenn nun der Staat diesen (fiktiven) Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage fabriziert hat, Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft<sup>11</sup> und damit ein weiterer Betrug. Und diesem Mittel bedienen sich die Gerichte tagtäglich, womit sie einmal mehr bestätigen, für wen sie arbeiten.

Wie sagte doch schon Platon:

*«Die äusserste Ungerechtigkeit ist die, welche unter dem Schein des Rechts begangen wird.»*

Fazit:

Damit werden die elementarsten Grundrechte des Menschen, der von Geburt an eigentlich frei ist, in verbrecherischer Absicht beschnitten. Aber ausgerechnet diese Einschränkung der Grundrechte müssten gemäss Art. 36 BV gesetzlich geregelt werden, doch das war noch nie Absicht, denn damit würde der Kerngehalt der Grundrechte gemäss Art. 36 Abs. 4 BV angegriffen. Mit einer gesetzlichen Einschränkung dieser elementarsten Grundrechte würden Diskussionen provoziert, das die Herrschaft von Babylon über die Menschen in Frage stellen würde. Aus diesem Grund wurde und wird diese Ideologie bewusst totgeschwiegen.

Das heisst einmal mehr, dass die Gerichte in Bund und Kantonen entgegen Art. 6 Abs. 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte (EMRK, SR 0.101) seit der Inkraftsetzung vom 28. November 1974 und entgegen Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung (BV, SR 101) vom 18. April 1999 seit der Inkraftsetzung vom 1. Januar 2000 weder unabhängig noch unparteiisch sind.

Damit verstossen die staatlichen Organe nach Treu und Glauben (Art. 5 Abs. 3 BV) sowie Bund und Kantone gegen das Völkerrecht (Art. 5 Abs. 4 BV).

Damit sind die Gerichte auch im Einzelfall materiell befangen.

---

<sup>10</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Person (Teilaufsatz)

<sup>11</sup> [www.entdeckejura.de](http://www.entdeckejura.de) à Base Camp à Jura Base Camp à Insichgeschäft

Im Weiteren unterstützen Sie alle eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) oder sind gar Mitglied derselben.

#### BAR-Vermutungen

Die private Organisation British Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern. Es gibt sie auch unter dem Namen American BAR-Association. Geschichtlich gesehen sind die USA nur eine Dependence von Grossbritannien.

In geschichtlicher Hinsicht ist sie ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1267-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans vermacht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan. Hinter dem Vatikan steckt Babylon.

Diese Organisation hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den zwölf BAR-Vermutungen bekannt sind.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf und nicht drei Mächten. Die heutigen Nationalstaaten wurden (sofern sie formell überhaupt noch existieren) von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert, aber auch an den babylonischen Universitäten nicht gelehrt werden. Damit werden die Rechtsuchenden einmal mehr betrogen, womit offensichtlich wird, dass die Gerichte wiederum den eigentlichen versteckten Herrschern die Macht sichern.

#### Fazit:

Damit werden die elementarsten Grundrechte des Menschen in verbrecherischer Absicht beschnitten. Aber ausgerechnet diese Einschränkung der Grundrechte müssen gemäss Art. 36 BV gesetzlich geregelt werden, doch das war noch nie Absicht, denn damit würde der Kerngehalt der Grundrechte gemäss Art. 36 Abs. 4 BV angegriffen. Mit einer gesetzlichen Einschränkungen dieser elementarsten Grundrechte würden Diskussionen provoziert, das die Herrschaft von Babylon über die Menschen in Frage stellen würde. Aus diesem Grund wurde und wird diese Ideologie bewusst totgeschwiegen.

Das heisst, dass die Gerichte in Bund und Kantonen entgegen Art. 6 Abs. 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte (EMRK, SR 0.101) seit der Inkraftsetzung vom 28. November 1974 und entgegen Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung (BV, SR 101) vom 18. April 1999, Inkraftsetzung vom 1. Januar 2000, weder unabhängig noch unparteiisch sind.

Damit verstossen die Staatlichen Organe nach Treu und Glauben (Art. 5 Abs. 3 BV) sowie Bund und Kantone gegen das Völkerrecht (Art. 5 Abs. 4 BV).

Im Weiteren unterstützen Sie alle eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) oder sind gar Mitglied derselben.

#### Zusammenfassung:

Schlussendlich ist festzuhalten, dass das Bezirks- als auch das Kantonsgericht im Minimum

- eine angegliederte Organisationseinheit einer illegal gegründeten Privatfirma sind, deren Handelsbevollmächtigte weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind zu handeln,
- gemäss Art. 6 EMRK weder unabhängig noch unparteiisch sind,
- auch materiell befangen sind,
- sich nicht legaler Praktiken bedienen und
- damit eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB, SR 311.0) unterstützen.

In einem Interview<sup>12</sup> sagte die Schweizer Gesundheitsexpertin Astrid Stuckelberger, sie arbeitete als WHO-Expertin für Pandemien, folgendes aus:

*«So ist beispielsweise die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, also der Schweiz, die seit 2014 als Körperschaft in Brüssel registriert ist. „Wir haben die Unterlagen“, betont Stuckelberger. „Ich habe mit Südafrika gesprochen und dort sitzen sie im gleichen Boot. Das Land Südafrika ist als Körperschaft in New York registriert.“»*

Und weiter:

*«Menschen in Schlüsselpositionen – Politiker, Richter – werden erpresst oder bedroht. Wenn das nicht klappt, werden ihre Kinder entführt oder getötet. Oder, noch schlimmer, sie müssen ein Kind vor der Kamera missbrauchen oder töten.»*

Letzteres funktioniert auch in der Schweiz, beispielsweise über den Basler Tierkreis.<sup>13, 14</sup> In Belgien war dazu Dutroux beauftragt, „Frischfleisch“ zu beschaffen. Deshalb wurden die eigentlichen Drahtzieher nie bekannt, weil sie alle Schlüsselpositionen der Macht unter Kontrolle halten.

Anfütterung, Erpressung und Nötigung sind Führungsmittel zur Durchsetzung von Aufträgen und Zielen, um Babylons Macht noch mehr zu vergrössern. Das funktionierte schon in der Antike so. Dazu sollte man die Funktionsweise der babylonischen Organisationen, die die Nationalstaaten gegründet haben, versteht.<sup>15</sup>

### Nachweis der Legalität:

Sollten Sie tatsächlich handelsrechtlich und hoheitlich legitimiert sein, so weisen Sie das bitte anhand der nachstehenden Fragen nach, bevor Sie irgendwelche illegale Handlungen tätigen. Was Sie nicht zu tun haben, sich auf Gesetz und Verfassung zu berufen, die für Sie so oder so keine Grundlage bilden, solange Sie über keine hoheitliche Legitimation verfügen.

1. Das Kantonsgericht ist eine Firma oder eine angegliederte Organisationseinheiten der Firma Kanton Graubünden. Deshalb haben Sie sich zu erkennen zu geben, welche Firma diese Handlung vollziehen will:
  - a. Sitz mit vollständiger Adresse
  - b. Rechtsform
  - c. Nummern des HRA-Eintrages und der Unternehmens-Identifikation samt deren Eintragdaten.
2. Die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten der Firma gemäss Position 1 weisen Sie, wie folgt aus:
  - a. Voller Vor- und Nachname der Handlungsbevollmächtigten jeweils mit
  - b. Strasse, Hausnummer, PLZ und Wohnort
  - c. sowie dem Datum und der Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Genannten als Handlungsbevollmächtigte der Firma bekannt gemacht wurden.
3. Sie erbringen einen aktuell notariell beglaubigten Nachweis
  - a. Ihrer amtlichen Legitimation mit Angaben darüber, wer, wie, wofür und wodurch Sie die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.
  - b. auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.
  - c. Für denjenigen, der Ihnen die amtliche Legitimation erteilt hat, bitte ich Sie, mir den gleichen Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3, inkl. deren Unterpositionen, nachzuweisen.
4. Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin und nicht eine Person.

---

<sup>12</sup> <https://uncutnews.ch/who-whistleblower-meldet-sich-mit-von-da-an-hatte-ich-das-gefuehl-dass-etwas-nicht-stimmt/>

<sup>13</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Geschichte im Zusammenhang à Der Spiegel

<sup>14</sup> <https://swprs.org/basler-tierkreis-medienberichte-1998/>

<sup>15</sup> Weiteres dazu im meinem Manifest „Unser manipuliertes Rechtssystem“ in Kapitel 9 [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Geschichte im Zusammenhang à Unser manip. Rechtssystem

## Ihr Verhalten

Wenn die Funktionäre des Kantonsgerichtes der Meinung sind, sie könnten so weiter machen wie bisher, weil es für sie keine Folgen zeitigen würde, muss ich Sie eines Anderen belehren. Wie Sie der Beilage 18 entnehmen können, gibt es bereits die erste Organisation, die sich dieser Thematik Behörden als Privatfirmen annimmt. Sie ist nur der Anfang einer Bewegung, die nicht mehr gebremst werden kann, weil es mit sehr viel mehr verbunden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, Ihr weiteres Vorgehen zu überdenken, denn damit wurde der Anfang des Endes des bisherigen Systems eingeläutet.

Wären meine Vorbringen und mein Vorgehen fehlerhaft und nicht mit dem heutigen Recht vereinbar, so hätte ich es von Babylon bereits in Form von weiteren neuen gegen mich eingeleiteten Verfahren erleben müssen. Da mein Vorgehen keine diesbezüglichen Fehler enthält, kann Babylon nicht gegen mich vorgehen, sondern nur die Verfahren abweisen, was bisher ja auch gemacht wurde. Babylon hat mich jedoch bereits im Januar aufgefordert, mein Vorgehen einzustellen<sup>16</sup>, was nichts anderes als eine Bankrotterklärung ist. Das besagt, dass sie nichts gegen mich in der Hand haben, ausser, die Beschwerden niederzuschlagen. Aus diesem Grund wird die Entscheidung dieser Frage nicht auf dem Rechtsweg entschieden, sondern in einem andern Prozess.

Deshalb wird auch für Dritte sichtbar, dass es sich bei meinen provozierten Bussen und in der Folge um die verschiedenen Beschwerden etc. nur um ein Geschäft meinerseits mit den entsprechenden nicht legitimierten Firmen handelt. Die besonderen Bedingungen führen deshalb bei den betroffenen Funktionären unweigerlich zu einer finanziellen Exekution, der sie dank ihres Hochmuts freiwillig und ohne Zwang zugestimmt haben.

Dieses Vorgehen ist wie in einem Verlaufsladen zu vergleichen, das bereits tausendfach angewendet und von den Gerichten immer geschützt wurde: Im Laden ist eine Warnung aufgestellt, dass alle Diebstähle nicht nur angezeigt werden, sondern zusätzlich eine Entschädigung an den Ladenbesitzer zur Folge haben. Der Unterschied ist lediglich, dass es hier nicht um kleine Diebe geht, sondern um grosse Verbrecher und um elementarste gesellschaftliche Grundlagen, weshalb auch die Beträge dementsprechend grösser sind. Schlussendlich steht es jedem – wie den Dieben – frei, ob sie sich dieses Risikos aussetzen wollen.

Im Weiteren wird durch dieses Vorgehen die Struktur dieses babylonischen Netzwerks sichtbar gemacht.

Aufgrund des Erklärten gibt es für das Kantonsgericht nur noch eine Möglichkeit, möglichst ungeschoren davon zu kommen, indem es im Minimum den Sachverhalt der illegalen Gründung von Kapitalgesellschaften, die zudem weder über eine handelsrechtliche noch über eine hoheitliche Legitimität verfügen einzugestehen. Deshalb hat das Kantonsgericht diese Beschwerde mit der Begründung «abzuweisen», weil alle Behörden und Ämter in der ganzen Schweiz, aber auch alle Gerichte als neu gegründete Firmen der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen über keine Legitimation verfügen, weshalb alle Verfügungen dieser Firmen nichtig sind.

Sollte sich das Kantonsgericht nicht in diesem Sinne aus der Affäre ziehen, wird es automatisch hoheitliche Entscheide treffen, über die es nicht verfügt. Damit haften alle Angestellten dieser Firmen für ihr Tun und Lassen privat. Das öffentliche Recht kann deshalb mangels legaler Vertreter nicht angewendet werden, sondern nur noch das Handelsrecht. Ohne diese Legitimation stehen alle angeblichen Vertreter der Behörden und Ämter nun auf der gleichen rechtlichen Stufe wie der Schreibende bzw. alle übrigen Menschen.

Deshalb wenden wir nun das Handelsrecht an, weshalb ich Ihnen nachstehend meine besonderen Bedingungen unterbreite, unter denen ich bereit bin, mit Ihnen Geschäfte abzuwickeln. Sie entscheiden mit Ihrem Handeln oder Nicht-Handeln, ob Sie damit einverstanden sind.

---

<sup>16</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Zweite eigene Versicherung aufgrund einer Warnung, vom 26. Januar 2021

## Meine besonderen Bedingungen

Aufgrund der Umstände sehe ich mich gezwungen, Ihnen meine besonderen Bedingungen bekannt zu geben:

1. Annahme von Rechtsbegehren
  - a. Weist das Kantonsgericht Rechtsbegehren jeder Art an die Vorinstanz bzw. an den Gesuchsteller mit dem Hinweis zurück, dass alle Gerichte und die übrigen als «Behörden und Ämter» getarnte Privatfirmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert seien und dass deshalb alle ihre Handlungen ungültig seien, und teilt das gleichzeitig beiden Parteien sowie der Vorinstanz schriftlich mit, so zeitigt das für seine Funktionäre keine Folgen.
  - b. Sollte das Kantonsgericht Rechtsbegehren jeder Art zur Weiterbearbeitung annehmen, so willigen alle nachstehenden Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren je eine Pönale zu bezahlen. Sie beträgt für alle Richter/-innen je 100 Kilogramm Gold<sup>17</sup>
  - c. Sollte das Kantonsgericht die angenommenen Rechtsbegehren wie auch immer entscheiden (beschliessen etc.), so willigen alle in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren die gleiche Pönale wie in Position 1b nochmals zu bezahlen.
2. Sollte öffentlich festgehalten werden, dass das Kantonsgericht– wie auch alle anderen Behörden und Ämter – nicht legitimiert bzw. befangen war, nachdem es die Rechtsbegehren entschieden hat, muss dieser Entscheid rückgängig gemacht werden. In diesem Fall willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren zusätzlich zu den Unterpositionen 1b und 1c nochmals die gleiche Pönale zu bezahlen.
3. Für die Zeit von der Annahme bis zum Rückzug eines Rechtsbegehrens wird je eine Gebühr fällig. Die in Position 1b genannten Funktionäre willigen ein, mir diese Gebühr zu bezahlen. Sie haften solidarisch. Die Gebühr beträgt fünf Kilogramm Gold pro Kalendertag je Verfahren.
4. Zahlungsbedingungen
  - a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit Rechnung an den Kanton Graubünden stellen werde.
  - b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
  - c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
  - d. Es gilt das Bringprinzip.
  - e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten des Kantonsgerichtes solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der Verwaltung des Kantons Graubünden solidarisch.

Im Weiteren gilt: Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Den Bedingungen kann man leicht entnehmen, dass sie existenzvernichtend sind, erst recht, wenn es sich um mehrere Rechtsbegehren handeln wird. Es geht nicht primär darum, ein Geschäft meinerseits zu machen, sondern es geht mit diesen Bedingungen darum, Ihnen die Gelegenheit zu geben, diesem Irrsinn, der weltweit vonstattengeht, zumindest in der Schweiz ein Ende zu bereiten. Ob Sie das wollen oder nicht, müssen Sie entscheiden. Jedenfalls haben Sie die Gelegenheit, ohne direkte finanzielle Forderungen mir gegenüber davon zu kommen. Alle «Behörden» die gegen mich vorgehen, hatten diese Gelegenheit ebenfalls. Aber sie «wollten» oder «durften» nicht auf diese Bedingungen eintreten. Verschiedene Behörden haben jedoch bemerkt, dass sie auf dem Holzweg sind und liessen die eingeleiteten Verfahren ruhen.

<sup>17</sup> Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

Ich gehe davon aus, dass sich die Verantwortlichen über die Tragweite dieses Angebotes bewusst sind und mit Ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen erklären, dass alle Funktionäre in der Lage sind, die Konsequenzen aus dem damit entstehenden Vertrag zu tragen. Im Weiteren behalte ich mir alle Rechte vor, insbesondere auch jene des Strafrechts.

Wenn Sie der Meinung sind, Sie müssten wie bisher weiter machen, so bedanke ich mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern bereits heute für Ihre Grosszügigkeit.

Adieu

Mensch :Alex W. :Brunner, a.r.

- 
- 1 Verfügung des Regionalgerichtes Landquart vom 18. August 2021, Nr. 515-2021-15
  - 2 Grundlageninformation von [www.hot-sips.com](http://www.hot-sips.com)
  - 3 Antwort ESTV, Hauptabteilung MWSt, Abteilung Recht vom 20. August 2021
  - 4 Schweizerische Eidgenossenschaft: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 5 Eidgenössische Bundesverwaltung: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 6 Eidgenössische Bundesverwaltung, Management: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 7 Eidgenössische Bundesverwaltung: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 8 Kanton Graubünden: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 9 Kanton Graubünden: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 10 Departement für Justiz, Sicherheit & Gesundheit: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 11 Dep. für Justiz, Sicherheit & Gesundheit - Verwaltungsrat: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 12 Departement für Justiz, Sicherheit & Gesundheit: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 13 Kantonspolizei Graubünden: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 14 Kantonspolizei Graubünden: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 15 Kantonspolizei Graubünden, Klosters: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 16 Staatsanwaltschaft Graubünden: Ausdruck aus [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch)
  - 17 Staatsanwaltschaft Graubünden: Printscreen aus [www.dnb.com](http://www.dnb.com)
  - 18 Flyer: Stopp der Privatisierung des Staates